

Die Europäische Kommission hat die Zulassung für die Verwendung von Glyphosat für die nächsten 10 Jahre verlängert.

Автор(и): Растителна защита

Дата: 19.11.2023 Брой: 11/2023



Am 16. November verfehlten die Mitgliedstaaten bei einer Abstimmung im Berufungsausschuss erneut die erforderliche qualifizierte Mehrheit, um die Zulassung von Glyphosat entweder zu verlängern oder abzulehnen. Für die Abstimmung war eine qualifizierte Mehrheit von 15 der 27 EU-Länder erforderlich, um den Vorschlag zu unterstützen oder zu blockieren.

Die Situation vom 13. Oktober wiederholte sich und die Länder konnten keine einstimmige Entscheidung über das Schicksal der umstrittenen Chemikalie treffen.

Gemäß der EU-Gesetzgebung und in Ermangelung der erforderlichen Mehrheit in die eine oder andere Richtung war die Kommission verpflichtet, vor dem 15. Dezember 2023, dem Ablaufdatum der derzeitigen Zulassung, eine endgültige Entscheidung zu treffen. Auf der Grundlage umfassender Sicherheitsbewertungen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) verlängerte die Kommission gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten die Zulassung von Glyphosat für einen Zeitraum von 10 Jahren unter bestimmten neuen Bedingungen und Beschränkungen.

Neue Bedingungen und Beschränkungen

Zu diesen Beschränkungen gehören ein Verbot der Anwendung als Sikkativ vor der Ernte und die Notwendigkeit bestimmter Maßnahmen zum Schutz von Nichtzielorganismen. Darüber hinaus müssen Landwirte mindestens fünf Meter breite Pufferstreifen einhalten.

Zu den Aspekten, die noch nicht endgültig geklärt sind, gehören laut der europäischen Institution ernährungsbedingte Risiken für Verbraucher und die Bewertung von Risiken für Wasserpflanzen.

Die verfügbaren Informationen erlauben auch keine eindeutigen Schlussfolgerungen hinsichtlich der Erhaltung der biologischen Vielfalt, die ein zentrales Thema in der europäischen Landwirtschaft ist.

Die Mitgliedstaaten behalten sich das Recht vor, für die Erteilung nationaler Zulassungen für Pflanzenschutzmittel (PSM), die Glyphosat enthalten, verantwortlich zu sein, und können deren Verwendung auf nationaler und regionaler Ebene einschränken, wenn sie dies auf der Grundlage von Risikobewertungen für notwendig erachten.



Mehrere Studien haben gezeigt, dass das Pestizid Glyphosat krebserregende Wirkungen hat

"Dafür" und "dagegen"

Diplomatischen Quellen zufolge enthielten sich sieben Länder, darunter Frankreich – die führende Agrarmacht in der EU –, Deutschland und Italien, während 17 mit "dafür" stimmten und drei "dagegen" waren (darunter Luxemburg, Österreich und Kroatien).

Der deutsche Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir äußerte seine große Enttäuschung über die Entscheidung der Kommission und kündigte an, er wolle sich auf mögliche nationale Maßnahmen konzentrieren, die die Verwendung des gefährlichen Herbizids auf dem Gebiet Deutschlands ab Anfang 2024 einschränken oder vollständig verbieten würden.

Die deutsche Gruppe Bayer, die Monsanto im Jahr 2018 übernommen hat, begrüßte die Ankündigung der Kommission natürlich. "Diese neue Zulassung ermöglicht es uns, Landwirten in der Europäischen Union weiterhin eine wichtige Technologie für das integrierte Unkrautmanagement zur Verfügung zu stellen", kommentierte ein Sprecher.

Am Mittwoch wiederholte der französische Landwirtschaftsminister Marc Fesneau, dass ein vollständiges Verbot des Herbizids derzeit aufgrund fehlender Alternativen für die Landwirte "unmöglich" sei.

Für große Nichtregierungsorganisationen wie Foodwatch, Générations futures ist "diese Position ein Verrat, der nicht überrascht, an das Versprechen, das der französische Präsident Emmanuel Macron 2017 gegeben hat." Sie sind der Ansicht, dass die Verlängerung der Zulassung "erneut dem Vorsorgeprinzip zuwiderläuft, während sich die Beweise für die Gefährlichkeit von Glyphosat für Mensch und Umwelt weiter häufen".